

Ivo Georgiev

Die Arbeiter als Modernisierungsbremse im realsozialistischen Bulgarien?

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.960>

Reprint von:

Ivo Georgiev, Die Arbeiter als Modernisierungsbremse im realsozialistischen Bulgarien?, in: Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, herausgegeben von Peter Hübner, Christoph Kleßmann und Klaus Tenefeld, Böhlau Köln, 2005 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 31), S. 109-118

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Ivo Georgiev (2005), Die Arbeiter als Modernisierungsbremse im realsozialistischen Bulgarien?,
Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.960>

Ursprünglich erschienen als: Ivo Georgiev, Die Arbeiter als Modernisierungsbremse im
realsozialistischen Bulgarien?, in: Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale
Wirklichkeit, herausgegeben von Peter Hübner, Christoph Kleßmann und Klaus Tenefeld, Böhlau
Köln, 2005 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung
Potsdam. Band 31), S. 109-118

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 31

Peter Hübner / Christoph Kleßmann /
Klaus Tenfelde (Hg.)

Arbeiter im Staatssozialismus

Ideologischer Anspruch und
soziale Wirklichkeit



2005

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Zentrum für
Zeithistorische Forschung e.V.
Bibliothek

ZZF 17226 (HISD)ZEF

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung:

Arbeiter mit Zahnrad – Geschenk der Warschauer Ursus-Werke an Wilhelm Pieck
(Deutsches Historisches Museum, Berlin)

© 2005 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln
Ursulaplatz 1, D-50668 Köln
Tel. (0221) 913 90-0, Fax (0221) 913 90-11
info@boehlau.de

Alle Rechte vorbehalten
Druck und Bindung: MVR Druck GmbH, Brühl
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier
Printed in Germany

ISBN 3-412-18705-4

Inhalt

Peter Hübner/Christoph Kleßmann/Klaus Tenfelde

Einleitung 9

Klaus Tenfelde

Arbeiter, Arbeiterbewegungen und Staat im Europa des „kurzen“
20. Jahrhunderts..... 17

Peter Hübner

ERSTE SEKTION:
„Arbeiterstaat“ als politische Konstruktion und Inszenierung..... 35

Dietrich Beyrau

Das sowjetische Modell – Über Fiktionen zu den Realitäten..... 47

Christoph Boyer

Sozialgeschichte der Arbeiterschaft und staatssozialistische
Entwicklungspfade: konzeptionelle Überlegungen und eine
Erklärungsskizze 71

Lenka Kalinová

Mythos und Realität des „Arbeiterstaates“ in der Tschechoslowakei..... 87

Ivo Georgiev

Die Arbeiter als Modernisierungsbremse im realsozialistischen
Bulgarien?..... 109

Dragoş Petrescu

Workers and Peasant-Workers in a Working-Class’ „Paradise“:
Patterns of Working-Class Protest in Communist Romania..... 119

Anikó Eszter Bartha

The Disloyal „Ruling Class“: The Conflict between Ideology and
Experience in Hungary 141

Simone Barck/Dietrich Mühlberg

Arbeiter-Bilder und Klasseninszenierung in der DDR.
Zur Geschichte einer ambivalenten Beziehung 163

Rainer Gries

Dramaturgie der Utopie. Kulturgeschichte der Rituale der
Arbeiter-und-Bauern-Macht..... 191

Jennifer Schevardo

ZWEITE SEKTION:
„Arbeitsbeziehungen, Arbeitsverhältnisse, Arbeiterexistenzen“ 215

André Steiner

Einkommen in den Ostblockländern.
Annäherungen an einen Vergleich 227

Peter Hübner

Arbeitsbeziehungen und soziale Sicherungen für Arbeiter
in Ländern des sowjetischen Blocks..... 249

Annette Schuhmann

„Macht die Betriebe zu Zentren der Kulturarbeit“.
Gewerkschaftlich organisierte Kulturarbeit in den Industriebetrieben der
DDR in den fünfziger Jahren: Sozialhistorisches Novum oder
Modifizierung betriebspolitischer Traditionen? 271

Małgorzata Mazurek

Das Alltagsleben im sozialistischen Betrieb am Beispiel der
„Rosa-Luxemburg-Werke“ in Warschau an der Schwelle zur
„kleinen Stabilisierung“ 291

József Ö. Kovács

Arbeiterexistenz in Ungarn nach 1956. Einige Schnittpunkte der
Mikro- und Makrogeschichte..... 319

Mary Fulbrook

DRITTE SEKTION:
Arbeiter in sozialen und politischen Konfliktkonstellationen
Einführung..... 347

Helke Stadtland

Konfliktlagen und Konfliktformen. Arbeiter in der DDR zwischen
Integration, Disziplinierung und Verweigerung..... 357

Renate Hürtgen

Konfliktverhalten der DDR-Arbeiterschaft und Staatsrepression
im Wandel 383

Bernd Gehrke

Weichenstellungen zum Disparaten.
Vom schwierigen Verhältnis der DDR-Opposition zur Arbeiterschaft..... 405

Jędrzej Chumiński/Krzysztof Ruchniewicz

Arbeiter und Opposition in Polen 1945–1989 425

Mark Pittaway

Accommodation and the Limits of Economic Reform: Industrial
Workers during the Making and Unmaking of Kádár's Hungary 453

Peter Heumos (München/Moosburg)

Zum industriellen Konflikt in der Tschechoslowakei 1945–1968 473

Anhang

Autorenverzeichnis 499

Literaturauswahl..... 500

Abkürzungsverzeichnis 512

Ivo Georgiev

Die Arbeiter als Modernisierungsbremse im realsozialistischen Bulgarien?

Forschungsstand

Die Arbeiter im Staatssozialismus als Gegenstand der zeithistorischen Forschung sind in Bulgarien nach 1989 noch nicht entdeckt worden. Aus zwei Perspektiven tasten sich bulgarische Wissenschaftler jedoch langsam an das Thema heran – somit lassen sich aus deren Publikationen in den letzten Jahren schon einige interessante Fragen und Hypothesen ableiten. In politologischen Untersuchungen zur bulgarischen Transformation nach 1989 erscheinen die Arbeiter als eine eher konforme Bevölkerungsschicht, die definitiv nicht zu den Akteuren der Wende gehörte. Unter den vielen Ursachen und Voraussetzungen für den Systemwechsel vor 15 Jahren spielte die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft eine sehr geringe Rolle.¹ Offene Proteste der Arbeitnehmer oder gar Arbeitsniederlegungen blieben bis in die späten achtziger Jahre eine Ausnahme.

Aktuelle Forschungen bulgarischer Historiker untersuchen schwerpunktmäßig Fragen der Wirtschaftsgeschichte Bulgariens nach dem Zweiten Weltkrieg sowie die politischen Strategien der Bulgarischen Kommunistischen Partei während des Staatssozialismus.² In diesem Kontext erscheint die Arbeiterklasse wieder als abhängige soziale Kategorie, die wesentlich zur Stabilisierung des Systems des Staatssozialismus beigetragen hat. Anders als etwa in Polen oder Ungarn fehlen in Bulgarien jegliche Anstrengungen seitens der Arbeiter, sich als Opposition zu formieren und die Parteielite mit ihren gesellschaftlichen Gegenentwürfen zu

1 Petja Kabakchieva, *Sotsialnite aktjori na prehoda* [Die sozialen Akteure des Übergangs], in: D. Minev/P. Kabakchieva, *Prehodat – eliti i strategii* [Der Übergang – Eliten und Strategien], Sofia 1996, S. 95f. Die Sofioter Soziologin sieht die Gründe für diese passive Haltung in der Rolle des Nutznießers des alten Systems, die die Arbeiterschaft eingenommen hat.

2 Vgl. Iskra Baeva, *Balgarija i Iztochna Evropa* [Bulgarien und Osteuropa], Sofia 2001; Evgenija Kalinova/Iskra Baeva, *Balgarskite prehodi 1944–2002* [Die bulgarischen Übergänge 1944–2002], Sofia 2002; Iliana Marcheva, *Patjat kam vlastta. Politika i ikonomika v Balgarija 1953–1964* [Der Weg zur Macht. Wirtschaft und Politik in Bulgarien 1953–1964], Sofia 2001.

konfrontieren.³ Im folgenden will ich versuchen, diese bulgarische Besonderheit näher zu erläutern und Hypothesen über die spezifische Rolle dieser Bevölkerungsgruppe im Spätsozialismus aufzustellen. Im Mittelpunkt steht die Reaktion der Arbeiter auf die beiden großen Reformprojekte während der sechziger und der achtziger Jahre des bulgarischen Staatssozialismus.

Zur vorsozialistischen Geschichte der Arbeiterbewegung in Bulgarien

Eine schwache Interessenvertretung der Arbeiter war Folge des unterentwickelten Kapitalismus Anfang des 20. Jahrhunderts in diesem südosteuropäischen Land. In einzelnen Betrieben haben die Arbeiter erfolgreich für ihre Rechte gekämpft, 1905 wurde der erste „kollektive Arbeitsvertrag“ in Sofia für die privaten Druckereien abgeschlossen, der eine gewisse Lohnsicherheit und soziale Grundrechte garantierte. Jedoch blieb die Tarifvereinbarung als Instrument der Regulierung der Arbeitsbeziehungen bis in die dreißiger Jahre eine Ausnahme und die Gewerkschaften konnten sich damit nicht durchsetzen. Die zahlenmäßig schwache Arbeiterklasse rief eine Vielzahl kleiner Gewerkschaften hervor, die kaum in der Lage waren, eine gemeinsame politische Linie zu finden und zu vertreten. Einzelne Erfolge (meist durch Streiks erkämpft) konnten sich nicht als dauerhafte Lösungen etablieren und die Gesetzgebung beeinflussen.⁴

Ab Mitte der dreißiger Jahre begann die „pseudo-korporatistische“ Phase der bulgarischen Arbeitsbeziehungen. Der Staat schuf zum ersten Mal einen institutionellen Rahmen für eine Arbeits- und Sozialpolitik, Kollektivverträge auf Branchenebene wurden eingeführt und die Vertretung der Arbeitnehmer gesetzlich verankert. Dies war allerdings kein Ergebnis einer starken, unabhängigen Politik der Arbeiterbewegung, sondern ein vom Staat angeordneter Institutionentransfer – in seinem Kern undemokratisch. Die bulgarische Staatsführung war damals bemüht, das System korporatistischer Interessenvertretung aus dem faschistischen Italien nach Bulgarien zu transportieren. Im Endeffekt wurden die Rechte der Arbeiter *de facto* beschnitten und die Gewerkschaften direkt vom Staat kontrolliert und bevormundet.⁵

Die Tradition der staatlich dominierten gewerkschaftlichen Interessenvertretung der Arbeiter war der fruchtbare Boden für den nächsten ausländischen Import Ende der vierziger

3 Vgl. als Kontrastbeispiel Jacek Kuron/Karol Modzelewski, Offener Brief an die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, in: Martin Jänicke (Hg.) Politische Systemkrisen, Köln 1973, S. 365–378, hier: S. 371. In diesem 1966 verfaßten Dokument wird die polnische Arbeiterklasse als Hauptgegner der kommunistischen „Monopolbürokratie“ definiert.

4 Grigor Gradev, Demokratichnijat proces i sindikalnata identichnost v prehod [Der demokratische Prozeß und die Identität der Syndikate im Übergang], in: Aleksander Petkov (Hg.), Balgarskoto sindikalno dwizhenie – minalo i nastojashte [Die Gewerkschaftsbewegung in Bulgarien – Vergangenheit und Gegenwart], Sofia 2000, S. 153–156, hier: S. 153.

5 Ebd., S. 155.

Jahre – das sowjetische Modell der Arbeitsbeziehungen, in dem die Gewerkschaften zum „Transmissionsriemen“ der allein regierenden kommunistischen Partei erklärt wurden.

Arbeiterproteste in den fünfziger Jahren

Die Arbeiter sind offensichtlich zu keinem Zeitpunkt eine ernsthafte Gefahr für das kommunistische Regime. Nur einmal während der Nachkriegszeit bricht ein schwerer Arbeitskonflikt aus. Als Reaktion auf die schlechte soziale Lage gehen Anfang Mai 1953 Tausende Arbeiter der Tabakindustrie auf die Straßen von Plovdiv und Haskovo und fordern „mehr Arbeit und Brot“. Im Zuge der Demonstration kommt es zu schweren Auseinandersetzungen mit der Volksmiliz, der schnell angereiste Industrieminister Anton Jugov wird mit Steinen beworfen als er versucht, mit den Demonstranten zu verhandeln, es gibt drei Tote.⁶ Auch in den nächsten zwei Jahren melden westliche Berichtersteller einzelne Sabotageaktionen und Arbeiterproteste aus der bulgarischen Provinz, die die Unzufriedenheit der Menschen mit der hohen Arbeitslosigkeit zum Ausdruck bringen. Ab 1956 sind jedoch keine nennenswerten Streiks oder Arbeiterproteste mehr dokumentiert worden.

Der Protest der Tabakarbeiter bleibt nicht ohne Wirkung, denn die Staatsführung bietet in den darauffolgenden Jahren deutlich bessere Arbeitsverträge in der Branche an und bemüht sich, diese besonders exponierte Gruppe zufriedenzustellen.⁷ Die Partei nimmt offiziell den Beschluß an, „den Wohlstand der Werktätigen entscheidend zu erhöhen“. Vermutlich bringt der Modernisierungsschub der sechziger Jahre den Arbeitern viele Verbesserungen der Lebensqualität, so daß sich kein Widerstand gegen das Regime mehr rechtfertigen läßt.⁸ Im Gegenteil – als höchste Legitimierungsinstanz des Staatssozialismus genießt die Arbeiterklasse seither eine in mehrfacher Hinsicht privilegierte Stellung. Aus den verfügbaren Quellen entsteht das Bild einer Klasse, die keineswegs als passives Opfer des diktatorischen Einparteiensstaates erscheint, sondern vielmehr die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik maßgeblich und aktiv beeinflusst.

Die Reformexperimente der sechziger Jahre und die Arbeiterschaft

Wenig ist bekannt über die Haltung der bulgarischen Arbeiter gegenüber dem ersten Experiment zur Dezentralisierung der Planwirtschaft. Zu Beginn der sechziger Jahren traten in den RGW-Ländern bekanntermaßen massive ökonomische Schwierigkeiten auf, die sich generell in einer Verlangsamung des Wachstums niederschlugen. Um diese Probleme zu

6 Vgl. Baeva, *Iztochna Evropa*, S. 86–87. Der Vorfall ist von ausländischen Beobachtern gemeldet worden. Eine Auswertung bulgarischer Archivalien zu diesem Thema liegt noch nicht vor.

7 Siehe Iliana Marcheva, *Patjat kam vlastta*, S. 78.

8 So argumentiert auch Vesselin Dimitrov, *Bulgaria, The Uneven Transition*, London 2001, S. 28.

bewältigen, entwickelte Bulgarien ein eigenes Reformprogramm, das im Rahmen des Ostblocks als „über die „orthodoxeren“ Ansätze Polens, der DDR und der UdSSR hinausgehend, jedoch weniger weitreichend als das ungarische und das jugoslawische Modell eingestuft werden kann“.⁹ Das sogenannte „Neue System wirtschaftlicher Planung und Steuerung“ hat zum ersten Mal den Betrieben erhebliche Freiräume gewährt. So sollten die Unternehmen grundsätzlich nicht vom Staat, sondern durch Eigenkapital und Bankkredite finanziert werden. Die Betriebsleitung sollte bei der Planerstellung maßgeblich beteiligt werden und „sozialistischen Profit“ erzielen sowie direkt Verträge mit dem Handel abschließen können. Zwischen 1964 und 1966 erlebte die bulgarische Wirtschaft eine turbulente Reformphase. Die Liberalisierungsmaßnahmen erfaßten etwa 40% der gesamten Industrie, die Betriebe erreichten eine deutlich höhere Arbeitsproduktivität, die Zuwachsrate der Industrieproduktion in den Unternehmen des „neuen Systems“ lag um 5% über dem nationalen Durchschnitt.¹⁰

Die Grundzüge dieses Liberalisierungsversuchs sind in der (älteren) westlichen Forschungsliteratur hinreichend diskutiert worden.¹¹ Die Gründe für das Scheitern des Reformpakets ab 1967 und insbesondere die Haltung der einzelnen Interessengruppen in der bulgarischen Gesellschaft zu den wirtschaftlichen Experimenten sind dagegen selten thematisiert und kaum analysiert worden.

Neben den Ereignissen in der Tschechoslowakei 1968 zählt zu den Ursachen dieser Entwicklung zweifellos auch die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den Ergebnissen der Reform in Bulgarien. Ilse Grosser führt dies in erster Linie auf das zögernde Vorgehen bei der Durchführung zurück und auf eine Reihe von Inkonsistenzen der einzelnen Maßnahmen, sowie auf die mangelnde Anpassungsbereitschaft des Verwaltungsapparats.¹² J. F. Brown zählt neben der Bürokratie auch andere Gegner der Wirtschaftsliberalisierung auf, darunter die Arbeiter:

„Opposing the reform were a solidly entrenched Party and economic bureaucracy, the rank-and-file of the Party, and many workers, as well as some disinterested economists who seem to have genuinely believed that the Bulgarian economy was not ready for a decentralizing overhaul.“¹³

Dieser Hinweis reflektiert Meldungen in der bulgarischen Presse, die über den Unmut der Werktätigen mit dem „Neuen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ berichten. Obwohl die Betriebe, die dem neuen System unterstellt waren, eine höhere Arbeitsproduktivität erzielten und entsprechend höhere Gehälter zahlten, konnte das Experiment keine breite Unterstützung finden. Hinter den öffentlichen Klagen über eine „Degeneration des Sozialismus“ seitens der Parteidogmatiker und der Unwilligkeit zur Reform der Be-

9 Ilse Grosser, Wirtschaftsreformen in Bulgarien. Im Spannungsfeld zwischen ökonomischen und politischen Zwängen, in: Europäische Rundschau Nr. 4/1985, S. 89–104, hier: S. 91.

10 Vgl. Kalinova/Baeva, *Balgarskite prehodi*, S. 94.

11 Vgl. John Lampe, *The Bulgarian Economy in the Twentieth Century*, London/Sidney 1986; James F. Brown, *Bulgaria Under Communist Rule*, New York 1970; Grosser, *Wirtschaftsreformen*; u. a. Es fehlen jedoch neuere Beiträge auch zu diesem Forschungsthema.

12 Vgl. Grosser, *Wirtschaftsreformen*, S. 92.

13 James F. Brown, *The Interaction between Party and Society in Hungary and Bulgaria*, in: Andrew Janos (Hg.), *Authoritarian Politics in Communist Europe. Uniformity and Diversity in One-Party States*, Berkeley 1976, S. 108–127, hier: S. 113.

triebsdirektoren steckt gewiß auch eine konservative Haltung der Arbeiter selbst. Es ist bemerkenswert, daß die Unzufriedenheit der Werktätigen am deutlichsten in den Dokumenten der wenigen (maoistisch oder gar stalinistisch orientierten) Dissidentengruppen dieser Zeit zum Ausdruck kommt. Hier offenbart sich ein heftiger Protest gegen die neue Wirtschaftspolitik der BKP in den sechziger Jahre.

So wird z. B. das Konzept der Selbstfinanzierung der Betriebe als „Verrat am Sozialismus“ bezeichnet. In einem illegalen Aufruf „zum Kampf für die Rettung des Sozialismus und des Friedens“ beklagen sich die Autoren, daß immer mehr „Inhalte und Formen der Arbeitsleitung“ vom Kapitalismus übernommen werden.¹⁴ Die „materielle Interessiertheit“ sei zum Grundprinzip und das Geld zum Fetisch erhoben worden. Viele wirtschaftlich schwachen Betriebe stünden plötzlich vor dem Bankrott, weil die Belegschaften und die Betriebsleitung mit ihrem eigenen Einkommen haften müssen.¹⁵ Das neue System schaffe Ungerechtigkeit, also soziale Ungleichheit und komme nur der „roten Bourgeoisie“ zugute, heißt es weiter. Die Arbeit wird zur Demütigung und „business“ wird nicht nur salonfähig, sondern eine Frage der Ehre, lautet die Kritik. Ein anderes Zeitdokument berichtet von spontanen Streiks in einer Reihe von Fabriken in Sofia und ruft die Arbeiter auf zum offenen Kampf gegen die „revisionistische“ BKP-Führung.¹⁶

Welchen realen Einfluß die Aktionen dieser konspirativen Widerstandsgruppen auf die Beschäftigten ausübten, läßt sich aus den verfügbaren Quellen nicht nachvollziehen. Klar ist jedoch, daß sie als Sprachrohr einer weitverbreiteten Stimmung in der Bevölkerung dienten. Als Parteichef Zhivkov im Juli 1968 das Ende der Reformzeit verkündet und die Experimente mit dem „neuen System“ allmählich eingestellt werden, reagiert die bulgarische Gesellschaft viel mehr mit Erleichterung als mit Bedauern.¹⁷ Die relativ unterentwickelte bulgarische Wirtschaft hätte die Reformvorschläge nicht verkräften können, kommentiert J. F. Brown und rechtfertigt damit den vermeintlichen „Konservatismus“ und die „Apathie“ der Reformgegner in den sozialistischen Betrieben.¹⁸

Schon in den späten fünfziger Jahren registriert die BKP eine „negative Erscheinung“, die bis hin zum Wendejahr 1989 das Verhältnis zwischen Parteistaat und Arbeiterschaft nachhaltig bestimmen wird – die Betriebsleiter setzen bewußt niedrige Arbeitsnormen fest, um die Arbeitnehmer davon abzuhalten, den Arbeitsplatz zu wechseln. Damit versucht man die hohe Fluktuation des Personals bremsen zu können, also die sogenannte *tekuchestvo* der Arbeitskraft zu bekämpfen.¹⁹ So schließen Arbeiter und Betriebsleitung oft einen informellen „Planerfüllungspakt“ – die niedrigen Normen gewährleisten eine Übererfüllung des Plans, die Arbeiter bekommen höhere Gehälter und die Direktoren ihre Prämien.

Schnell merkt die bulgarische Wirtschaftsführung, daß die Arbeitsproduktivität unter diesen Umständen auf Dauer besorgniserregend niedrig bleibt und spricht unter der Hand von einer „verdeckten Unterbeschäftigung“ in den Betrieben. Die Wirtschaftsreformen der sech-

14 Siehe Dimitar Ivanov, *Protivopostavjaneto 1956–1989* [Die Konfrontation 1956–1989], Sofia 1994, S. 259–262.

15 Ebd., S. 260.

16 Ebd., S. 246. Leider sind keine genaueren Informationen zu diesen Streiks dokumentiert worden.

17 So James F. Brown, *Bulgaria*, in: Martin McCauley/Stephen Carter (Hg.), *Leadership and Succession in the Soviet Union, Eastern Europe and China*, London 1986, S. 136–156, hier: S. 148.

18 James F. Brown, *Bulgaria Under Communist Rule*, New York 1970, S. 170–173.

19 Vgl. *Marcheva, Patjat kam vlastta*, S. 96ff.

ziger Jahre hatten also unter anderem das Ziel, dieser Unterbeschäftigung den Boden zu entziehen und mehr Effizienz und mehr Leistungsanreize einzuführen. Dagegen stemmte sich jedoch die Mehrheit der Belegschaften und der Betriebsmanager, die darin einen Angriff auf den informellen „Planerfüllungspakt“ sahen. So trafen alle Versuche des bulgarischen Staates in den nachfolgenden Jahrzehnten, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, auf den harten Widerstand dieser Koalition zwischen Belegschaften und Betriebsleitern. Vieles deutet darauf hin, daß sich die Partei in diesem Interessenkonflikt nicht durchsetzen konnte.

Ende der siebziger Jahre sind die Zeichen der „verdeckten Unterbeschäftigung“ auch offiziell nicht mehr zu leugnen. Es herrscht Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft, im Baugewerbe und im Dienstleistungssektor. Viele Stellen in arbeitsintensiven und „unattraktiven“ Branchensegmenten wie Pflegekräfte, Sanitäter, Putzkräfte, Postangestellte, Bürokräfte, Bauarbeiter bleiben unbesetzt. Die Staatspartei entwickelt daher verschiedene Strategien zu Bekämpfung der Unterbeschäftigung, von Propagandakampagnen gegen die *gotovanshtina* (Faulenzerei, Bequemlichkeit) bis hin zum verstärkten Einsatz von studentischen Brigaden und dem Import ausländischer (in ihrer Mehrzahl – vietnamesischer) Gastarbeiter in den achtziger Jahren.²⁰

Immer wieder lamentiert die Staatsspitze über die niedrige Arbeitsproduktivität der Wirtschaft und die Unmöglichkeit, Leistungsanreize in den Betrieben einzuführen. In diesem Kontext scheint die Erkenntnis von Rudolf Bahro voll auf das spätsozialistische Bulgarien zuzutreffen:

„Politökonomisch gesehen, haben die Arbeiter im real existierenden Sozialismus eine viel größere Möglichkeit, die „Gesamtgesellschaft“ zu erpressen als die Gewerkschaften im Kapitalismus, und sie nutzen sie entgegen allem vordergründigen Anschein in der Tat auch aus, aber sie können dies nur auf eine unfruchtbare Weise tun, nämlich durch Leistungsverweigerung.“²¹

Die Perestroika der achtziger Jahre und die Arbeiter

In einer Reihe von Dokumenten der siebziger und achtziger Jahre klagt die BKP-Führung über die schlechte Arbeitsdisziplin und trifft zahlreiche Maßnahmen dagegen. Im Juli 1974 beschließt zum Beispiel der Ministerrat eine „Verordnung zur Reduzierung der Verluste von Arbeitszeit“. Darin heißt es:

„Die Ausnutzung der Arbeitszeit ist sehr unbefriedigend. Die Verluste von Arbeitszeit erreichen ein bedrohliches Ausmaß und sind zurückzuführen auf die [häufige] Unterbrechung des Arbeitsprozesses – ganze Arbeitstage und ganze Schichten fallen

20 Vgl. Iliana Marcheva, *Paradoksi na modernizacijata v Balgarija sled Wtorata swetowna woina* [Paradoxe der Modernisierung in Bulgarien nach dem zweiten Weltkrieg], in: Plamen Mitew (Hg.), *W tarsene na istinata. Jubileino isdanie po sluchai 70 godini ot rozhdenieto na Prof. Nikolai Genchev* [Der Wahrheit auf der Spur. Jubiläumsausgabe zum 70. Geburtstag von Prof. Nikolai Genchev], Sofia 2002, S. 238–247, hier: S. 244. Eine zeithistorische Aufarbeitung des Phänomens der verdeckten Unterbeschäftigung im bulgarischen Staatssozialismus steht noch aus.

21 Rudolf Bahro, *Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus*, Köln/Frankfurt/M. 1979, S. 245.

aus. Meetings, Konzerte, kulturelle Darbietungen, Weiterbildung, Sportwettbewerbe und andere öffentliche Veranstaltungen finden immer noch während der Arbeitszeit statt, trotz eindeutiger Richtlinien des Staates, dies nicht zu tun.²²

Da es in der Sprache der Kommunistischen Partei nicht möglich war, die Arbeiterklasse direkt zu kritisieren und eine Auseinandersetzung mit dem Problem zu wagen, suchte man den Schuldigen für die Mißstände allein in der aufgeblasenen „Bürokratie“ der Betriebsverwaltung. Der oben zitierte Ministerratsbeschluß verordnete einen Einstellungsstopp für „white collar“-Angestellte in allen staatlichen Betrieben (einschließlich der wissenschaftlichen Einrichtungen!). Teile dieser Angestellten wurden sogar zwangsweise in „die Produktion“ versetzt (gegebenenfalls auch umgeschult), um den Ausfall der Arbeitsproduktivität zu kompensieren.²³ Auch wenn sich solche Aktionen alle paar Jahre wiederholten, wurde damit das Problem offenbar nicht gelöst. Der Interessenkonflikt zwischen der Zentralmacht und den Arbeiterkollektiven nahm in der Wirtschaftskrise der achtziger Jahre neue Dimensionen an.

Über die Krise der bulgarischen Planwirtschaft und die Reformkonzepte im Vorfeld der Wende 1989 gibt es viele aufschlußreiche Publikationen. Im folgenden werde ich nur diejenigen Aspekte hervorheben, die Auskunft über die Einstellung der Arbeiter zu den Reformbemühungen geben.

Die nächste umfassende Wirtschaftsreform begann als „Neuer Ökonomischer Mechanismus“ 1981 mit dem Ziel, wiederum eine Dezentralisierung und Förderung der privaten Initiative der Bürger in die Wege zu leiten. Diese neue Reformphase ist so intensiv und ihre Folgen – so komplex, daß deren Interpretation bis heute eine Herausforderung für die zeithistorische Forschung darstellt. Eine der besten Analysen dieser Vorgänge aus dem Jahr 1988 trägt nicht zufällig den bescheidenen Untertitel „Ein Versuch, durch das Dickicht des Neuen Ökonomischen Mechanismus einen Pfad zu finden“.²⁴ Die Schwierigkeit besteht in erster Linie darin, die Umsetzung der angekündigten Schritte nachzuvollziehen, um deren praktische Auswirkungen genauer einordnen zu können.

Das Scheitern der „Selbstverwaltung der Arbeiterkollektive“

Besonders interessant in diesem Kontext sind die Hinweise auf die Resistenz der Arbeiterklasse gegenüber den hartnäckigen Versuchen der Staats- und Parteiführung, mehr Rechte und mehr Verantwortung in die Hände der Werkstätigen zu legen. Im März 1986 verabschiedete das Parlament ein neues Arbeitsrecht-Gesetzbuch (*trudov kodeks*). Vier Jahre lang wurden die neuen Gesetzentwürfe in der bulgarischen Öffentlichkeit diskutiert und erklärt. Die Partei wollte die breite Masse der erwerbstätigen Bevölkerung für das Reformprojekt

22 Siehe Darzhaven vestnik Nr. 57, 28.7.1974, S. 2.

23 Siehe den Bericht von Rada Nikolaev, Radio Free Europe Research, Situation Report Bulgaria/24, 14.08.1974, S. 1–2.

24 Siehe Richard J. Crampton, „Stumbling and Dusting Off“, or an Attempt to Pick a Path Through the Thicket of Bulgaria's New Economic Mechanism, in: Eastern European Politics and Societies, vol. 2/2 (Spring) 1988, S. 333–395, hier: S. 333.

gewinnen und führte mehrere Aufklärungskampagnen durch. Eines der Hauptziele dieses umfangreichen Dokuments war, die Beteiligung der Arbeiter an der Leitung der Betriebe zu erweitern und eine Art „Selbstverwaltung“ zu installieren.

Die Arbeiterkollektive sollten ihre Produktionseinheiten, ihre Ressourcen selbst verwalten und bekamen weitreichende Verfügungsrechte zugesprochen. Die Brigaden durften zum Beispiel selbständig über die Zusammensetzung ihrer Betriebsleitung entscheiden und ihren eigenen Produktionsplan aufstellen. Ausländische Beobachter kommentierten, daß die bulgarischen Arbeiter mit dem neuen Gesetzbuch Rechte bekommen hatten, von denen die polnische *Solidarność*-Bewegung nur träumen konnte.²⁵

Der wichtigste Teil dieser Reform war aber nicht die Demokratisierung des Managements, sondern vielmehr die neue Lohnpolitik. Auch in dieser Hinsicht durften sich die Kollektive der Werktätigen von den vorgeschriebenen Grenzen für Maximallöhne verabschieden und soviel verdienen, wie sie selbst erwirtschaften konnten. Der Staat garantierte nur einen Mindestlohn und überließ den größten Teil des „Profits“ den Arbeiterkollektiven. Die Arbeiter sollten dann die Lohnhöhe jedes einzelnen Brigademitglieds selbst bestimmen. Ferner trugen die Kollektive volle Verantwortung für die Einhaltung der Verträge und hafteten für ihre Produktionsergebnisse. Im Endeffekt sollten sich die sozialistischen Betriebe in quasi selbständige Unternehmen verwandeln.

Parallel dazu wurde eine neue Entlassungswelle in der Staatsverwaltung eingeleitet. 1984 mußten ca. 100 000 Beamte in den mittleren Etagen der Wirtschaftsbürokratie ihre Stellen räumen. Ganz im Sinne des Neuen Ökonomischen Mechanismus wurden dadurch die „direkten Produzenten“, also die Arbeiter aufgewertet auf Kosten der notorischen „Bremser“ der Reform – der Beamten.²⁶

Nach zwei Jahren stellte die frustrierte KP-Führung ernüchternd fest, daß die große Mehrheit der Werktätigen die neuen Anreize zur Selbständigkeit nicht wahrnehmen wollte. Das ambitionierte Konzept ließ sich einfach nicht anwenden und wurde selbstkritisch als ein romantischer „Selbstverwaltungstraum“ bezeichnet.²⁷ Wo lagen die Ursachen für das Scheitern dieses Projekts? Offenbar verzichteten die Brigaden auf die Möglichkeit, einen alternativen Produktionsplan zu erstellen, weil sie sich mit höheren Arbeitsnormen nicht selbst unter Druck setzen wollten.²⁸ Hinter der neuen „Freiheit“ sahen sie vielmehr einen erneuten Versuch der Regierung, indirekt die Plankennziffer zu erhöhen. In Wirklichkeit machten die Werktätigen von der Möglichkeit, die Löhne differenzierter zu gestalten, keinen Gebrauch. Statt einer leistungsgerechten Differenzierung des Einkommens (wie die Protagonisten der Reform hofften) trat genau das Gegenteil ein. Die „sich selbst verwaltenden Brigaden“ hatten die Gewinne meistens gleich verteilt, ganz unabhängig von der individuellen Leistung der Arbeiter.²⁹ Derselbe Autor, damals ein Wirtschaftsexperte und hochran-

25 Siehe Crampton, „Stumbling and Dusting of“, S. 354.

26 Vgl. Iliana Marcheva, *Perestroikata v svetlinata na modernizatsijata* [Die Perestroika im Licht der Modernisierung], in: *Istoricheskio badeshte* [Die Zukunft der Geschichte], Nr. 1/2003, S. 79–96, hier: S. 81.

27 Siehe Aleksander Tomov, *Sotsializam i samoupravlenie* [Der Sozialismus und die Selbstverwaltung], Sofia 1989, S. 171.

28 Vgl. Dimitrina Dimitrova, *Negotiation*, in: N. Genov/A. Krasteva (Hg.), *Bulgaria 1960–1995. Trends of Social Development, National and Global Development*, Sofia 1999, S. 235.

29 Siehe Tomov, *Sotsializam i samoupravlenie*, S. 118.

giger Regierungsberater, bemängelt in seinem Buch, daß die Werktätigen statt dem Prinzip der „materiellen Interessiertheit“ dem Prinzip der Verantwortungslosigkeit und Gleichmacherei den Vorzug geben.

Noch harscher ist die Kritik an der „Rückständigkeit“ der Arbeiter des Ökonomen Ivan Angelov, eines der radikalsten Vordenker der Wirtschaftsreform der achtziger Jahre. In mehreren Publikationen setzt er sich für die Abschaffung der „soft budget constraints“ und für die Schaffung einer „Situation der ökonomischen und sozialen Nicht-Garantiertheit“ in Bulgarien ein. Alle Versuche, die Wirtschaft wettbewerbsfähig zu machen, scheitern an der „übertriebenen sozialen Garantie“, die den Anreiz für eine anstrengende Arbeit abstumpft und sich verhängnisvoll auf die Arbeitsdisziplin auswirkt, so Angelov.³⁰ Seiner Meinung nach hat sich die sozialistische Gesellschaft in einen Wohltätigkeitsverein verwandelt und mit dem „gepanzerten sozialen Schirm“ lassen sich „Faulheit, Mittelmäßigkeit, Gleichgültigkeit, Verantwortungslosigkeit, fehlendes soziales Engagement, Passivität, Unwirtschaftlichkeit und sogar kriminelle Sorglosigkeit zudecken“.³¹ Der Ausweg aus dieser Misere liegt, so der Autor, in der Überwindung der „deformierten Arbeitsgewohnheiten von Millionen Leuten, die im besten Falle mit 50% ihrer physischen und intellektuellen Möglichkeiten arbeiten und die einer zeitgemäßen technologischen und sonstigen Arbeitsdisziplin *entwöhnt sind oder sich nie an sie gewöhnt haben.*“ (kursiv im Originaltext).³²

Für die Weigerung der Arbeiter, diesen Reformversuch zu tragen, gibt es verschiedene Gründe. Sicher hatte die Staatspartei, die diesen Schritt einleitete, ein Glaubwürdigkeitsproblem, das politische Regime steckte in einer Legitimitätskrise, die schließlich in den Zusammenbruch des alten kommunistischen Apparats im Herbst 1989 und die darauffolgende Demokratisierung mündete. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, sich die gesellschaftliche Stellung der Arbeiter im System des bulgarischen Staatssozialismus genau anzuschauen und die Logik ihrer „Blockadehaltung“ zu verstehen. Die Arbeiter hatten im Falle einer „Leistungsverweigerung“ keine nennenswerten Sanktionen zu befürchten. Auf die betroffenen Werktätigen wartete in der Regel keine Arbeitslosigkeit, die Arbeitskräfte waren knapp und eine Kündigung war in diesem System kein Drohmittel. Arbeitskonflikte wurden meist auf informellem Weg in einem Bargaining-Prozeß zwischen Betriebsleitung und Belegschaft reguliert. Diese Koalition war offenbar stark genug, um sich gegen die „Modernisierungspläne“ der Regierung zu behaupten und informell den Planerfüllungspakt zu verteidigen.³³

Daß dieses Modell der Arbeitsbeziehungen kontraproduktiv war und mit einer enormen Vergeudung gesellschaftlicher Ressourcen einherging, war vielen Experten und Politikern klar. Alle Versuche, den Produktionsprozeß zu „intensivieren“ und effizient zu machen, waren allerdings zum Scheitern verurteilt, solange das Handlungsfeld der beteiligten Akteure so strukturiert war.

30 Vgl. Ivan Angelov, *Novijat ikonomicheski mehanizum trjajba da zaraboti* [Der Neue Ökonomische Mechanismus muß anfangen zu arbeiten], in: *Novo vreme* 63/3, 1987, S. 44–61, deutsche Übersetzung in: *Texte zur bulgarischen Wirtschaftsreform, Südosteuropa*, Jg. 36, Heft 6, S. 345–362, hier: S. 354.

31 Ebd., S. 355.

32 Ebd., S. 357.

33 Eine ausgezeichnete Analyse dieses Modells anhand der Erfahrung der ehemaligen DDR findet sich in: U. Voskamp/V. Wittke, *Aus Modernisierungsblockaden werden Abwärtsspiralen: Zur Reorganisation von Betrieben und Kombinatn der ehemaligen DDR*, in: *Berliner Journal für Soziologie*, Heft 1 (1991), S. 17–35, hier: S. 17ff.

Ein anderer wichtiger Aspekt ist die soziale Zusammensetzung der bulgarischen Arbeiterklasse im Staatssozialismus. In Bulgarien rekrutierte sich die Arbeiterklasse in den sechziger Jahren bis zu 40 % aus bäuerlichen Verhältnissen. Insgesamt $\frac{3}{4}$ der Arbeiter kamen aus Nichtarbeiterfamilien, die meisten aus dem Dorf.³⁴ Die Mehrzahl der Arbeiter blieb ihrer bäuerlichen Lebensweise verhaftet.³⁵ Egalitäre Haltung und Ablehnung von starken Einkommensunterschieden zeichnen diesen Typ des „peasant-workers“ heute noch aus. Vor diesem Hintergrund scheint nicht verwunderlich, daß die Brigademitglieder in den achtziger Jahren auf leistungsbezogene höhere Gehälter lieber verzichteten und die marktwirtschaftlich orientierte Reformpolitik der letzten kommunistischen Regierung stillschweigend scheitern ließen.

Es wäre sicher eine grobe Vereinfachung, die „Schuld“ für das Scheitern des letzten Modernisierungsversuchs des Staatssozialismus allein den Arbeitern zuzuschreiben, oder sie nur als beharrende Masse anzusehen. Gewiß spielten die Interessenlagen anderer gesellschaftlicher Gruppen (besonders der sogenannten Nomenklatura) sowie auch systembedingte Faktoren eine wesentliche Rolle und die gilt es genauer unter die Lupe zu nehmen. Es gibt allerdings zahlreiche Indizien für die These, daß sich die Arbeiter ihrer sozialen Macht im Spätsozialismus durchaus bewußt waren und sie auch einsetzten.

„Ihres Arbeitsplatzes und damit ihrer Stellung im Gesellschaftsganzen sicher, imponierten sie den Oberen allein durch ihre Masse, boten sie allen Versuchen, sie aus ihrer reservierten Haltung aufzuscheuchen, erfolgreich die Stirn.“³⁶

Der treffenden Analyse von Wolfgang Engler folgend, läßt sich der bulgarische Spätsozialismus also auch als eine Art „arbeiterliche“ Gesellschaft darstellen. Der Systemwechsel von 1989 traf die Arbeiterklasse unvorbereitet und entledigte sie schlagartig ihrer privilegierten Stellung als Leitfigur des Sozialismus. Aus dem Zustand der Orientierungslosigkeit kann sie sich bis heute nicht befreien.

34 Atanas Atanasov, *Rabotniceskata klasa v Balgarija 1948–1958 g.* [Die Arbeiterklasse in Bulgarien 1948–1958], Sofia 1987, S. 29

35 Dies belegen Forschungen bulgarischer Ethnologen, vgl. Juljan Konstantinov, *Nahrung vom Dorf, Beziehungen durch die Stadt. Über den gegenwärtigen Charakter des bulgarischen Land-Stadt-Haushalts*, in: Ulf Brunnbauer/Karl Kaser (Hg.), *Vom Nutzen der Verwandten. Soziale Netzwerke in Bulgarien (19. und 20. Jahrhundert)*, Wien 2001, S. 43 ff.

36 Wolfgang Engler, *Die Ostdeutschen als Avantgarde*, Berlin 2002, S. 76.